

titel

Breiter gesellschaftlicher Konsens für einheitliche Kinderzulagen

**DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE ZUR BEFRAGUNG
"FAMILIENZULAGEN IM TREND"
IM AUFTRAG DER SRG SSR IDEE SUISSE**

Projektteam:

Lukas Golder, Politikwissenschaftler

Claude Longchamp, Politikwissenschaftler

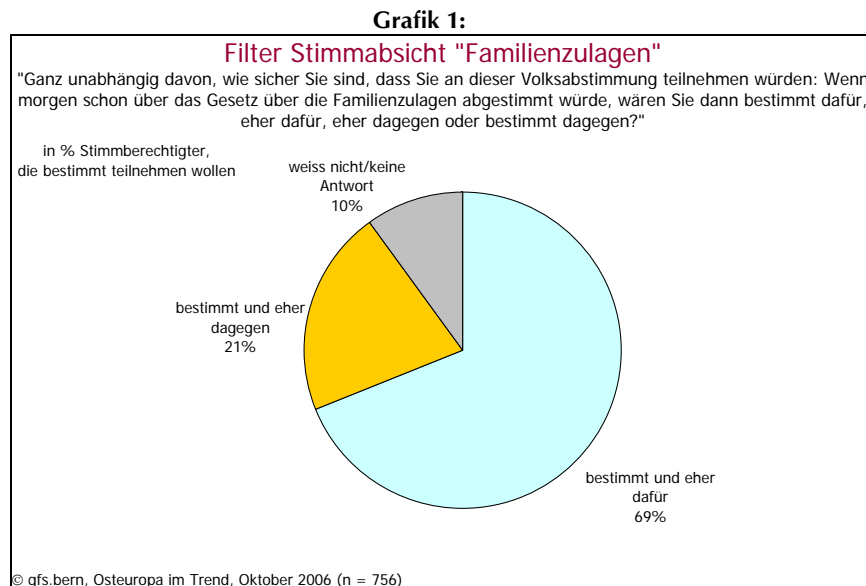
Bianca Rousselot, Politikwissenschaftlerin

Silvia Ratelband-Pally, Administratorin



Headlines

Würde heute schon über das Gesetz über die Familienzulagen entschieden, wären 69% bestimmt und eher dafür, 21% bestimmt und eher dagegen, und 10% der Teilnahmewilligen wüssten noch nicht, was sie stimmen wollen.

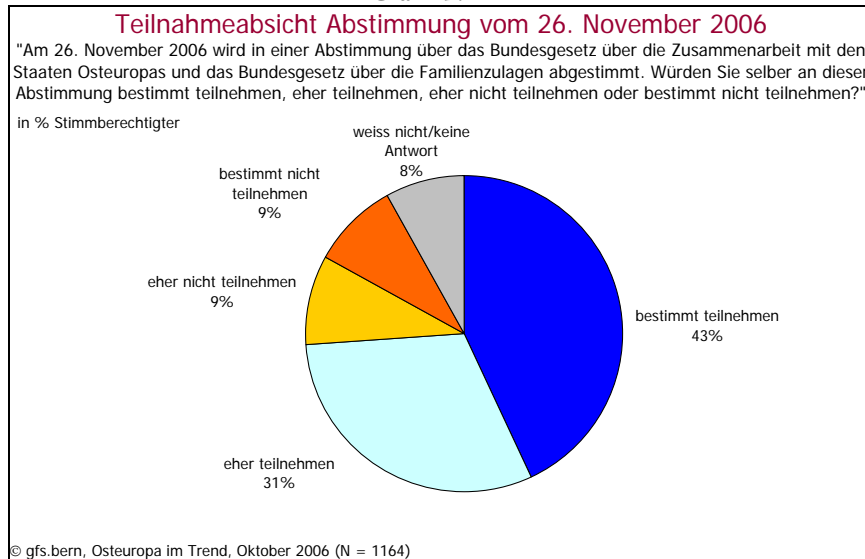


Das ist das Hauptergebnis der ersten Befragung zu dieser Volksabstimmung vom 26. November 2006. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Repräsentativ-Befragung für die Medien der SRG SSR *idée suisse* bei 1235 Personen zwischen dem 9. und 13. Oktober 2006 in allen Landesteilen durch.

Die Dispositionen

An der Abstimmung hätten sich in der zweiten Oktoberwoche 43% beteiligt. Das würde eine durchschnittliche Beteiligung bedeuten. Der Wert ist allerdings höher als zu Beginn der Meinungsbildung zum Asyl- und Ausländergesetz. Das spricht gut einen Monat vor der Abstimmung für einen relativ weit fortgeschrittenen Stand der Meinungsbildung.

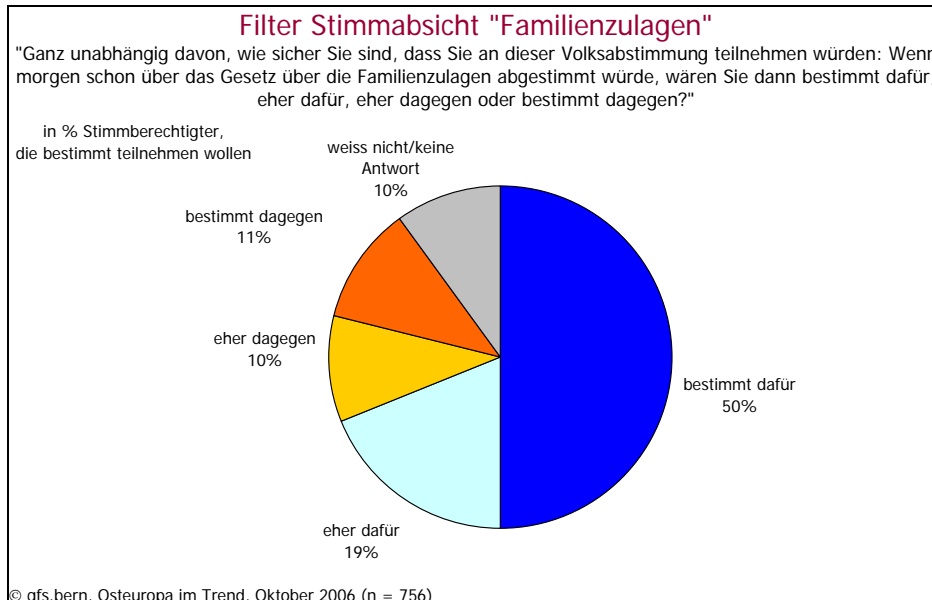
Grafik 2:



Stellt man nur auf Personen ab, die bestimmt an der Abstimmung teilnehmen wollen, dann wollen:

- 50% bestimmt dafür und
- 19% eher dafür votieren,
- 10% wären unschlüssig, was sie stimmen würden,
- während sich 10% eher dagegen und
- 11% bestimmt dagegen aussprechen würden.

Grafik 3:



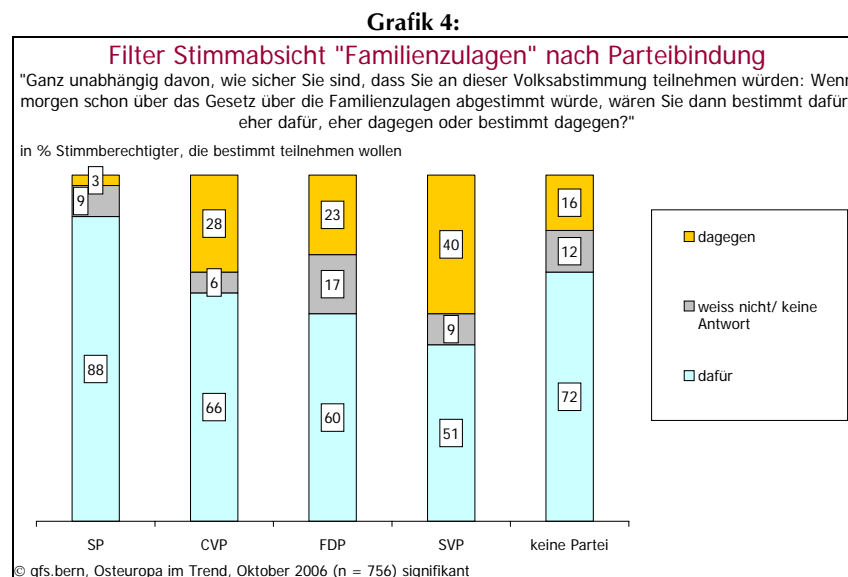
Unter den momentan Teilnahmewilligen beabsichtigt bereits eine knappe Mehrheit, bestimmt für die Vorlage zu stimmen. Dies unterstreicht den deutlichen Vorsprung der Ja-Seite, der sich mit den Personen, die eher Ja sagen wollen, auf über zwei Drittel addiert.

Ungewöhnliches Profil von Zustimmung und Ablehnung

Alle von uns untersuchten Untergruppen wollen mehrheitlich die Vorlage annehmen. Das Konfliktmuster ist demnach noch schwach ausgeprägt. Signifikante Unterschiede ergeben sich aber:

- nach Parteibindung
- nach Sprachregion
- nach Bildung
- nach Alter
- nach Geschlecht.

Die Anhängerschaft der SVP ist am wenigsten klar für die Vorlage eingestellt, trotzdem wollen 51% der SVP-AnhängerInnen die Vorlage annehmen. Das spricht mindestens in der Ausgangslage für einen leichten Konflikt zwischen Elite und Basis. In allen anderen Parteien übersteigt der Nein-Anteil nirgends die 30%-Marke. Damit entsteht auch bei der FDP in der Ausgangslage ein Konflikt zwischen Elite und Basis. Die beiden weiteren bürgerlichen Parteien CVP und FDP sind weniger klar zugunsten der Vorlage eingestellt als die Anhängerschaft der SP (welche von allen Untergruppen am stärksten zum Ja neigt) und Personen ohne Parteibindung.

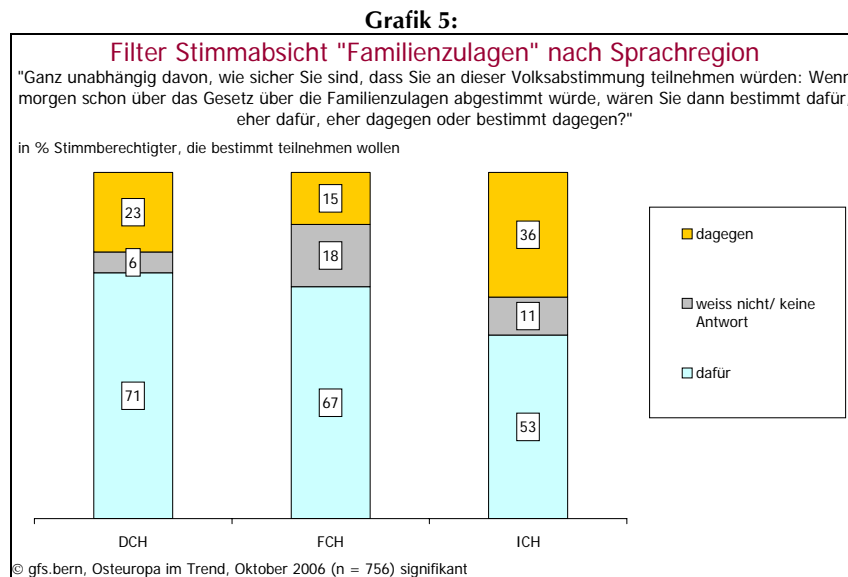


Auch in der italienischsprachigen Schweiz gibt es klar weniger Ja-Neigung als in den beiden anderen Sprachregionen. Der Tessin gilt als fortschrittlicher Kanton in der Familienförderung, kennt allerdings nicht überdurchschnittliche Familienzulagen.

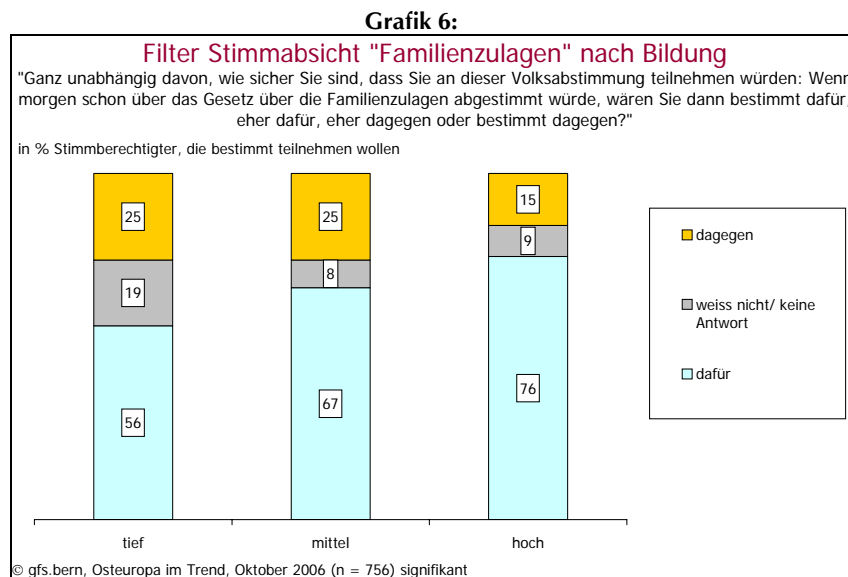
Am höchsten ist die Ja-Tendenz in der deutschsprachigen Schweiz. Die ist auf den ersten Blick etwas überraschend, da normalerweise sozialpolitische Anliegen in der deutschsprachigen Schweiz weniger Unterstützung finden. In der französischsprachigen Schweiz gilt es drei Elemente zu berücksichtigen:

- Die Meinungsbildung bei Abstimmungen erfolgt in der französischsprachigen Schweiz generell später, was auch den höheren Anteil Unentschiedener mit erklärt aber auch für höhere Volatilität bei den Ja-Anteilen spricht.

- In einigen Kantonen würden die Familienzulagen kleiner werden, das gilt im Besonderen für das Wallis - teilweise auch für Freiburg, Genf und die Waadt.
- Die liberale Partei hat die Nein-Parole gefasst.

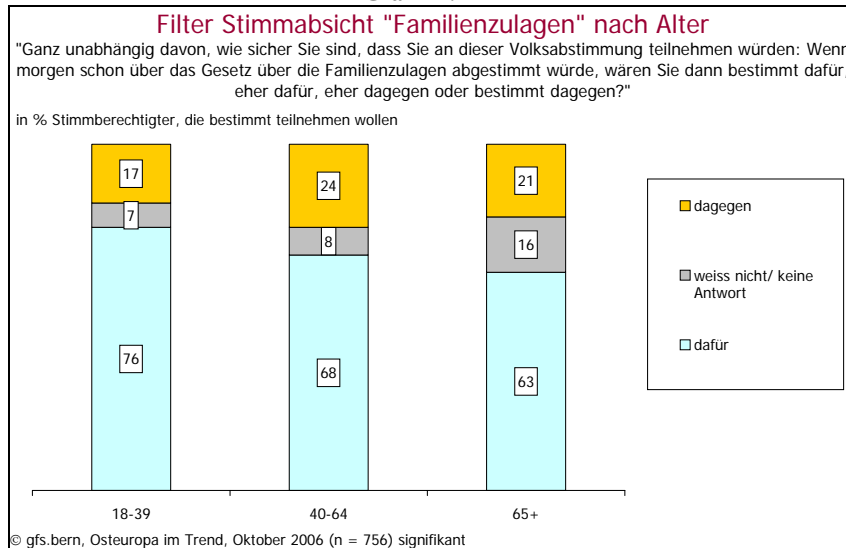


Die Annahmefähigkeit ist nicht primär durch das Einkommen geprägt, denn nach Einkommen ergeben sich nur schwache und damit nicht signifikante Unterschiede. Es sind also nicht die einkommensseitig schlechter gestellten Personen, für die die Familienzulagen besonders erwünscht werden. Signifikant ist aber die sinkende Ja-Neigung bei Personen mit tieferem Bildungsstand. Allerdings wollen auch Personen mit mittlerer oder tiefer Bildung jeweils nur zu einem Viertel die Vorlage ablehnen und mehrheitlich zustimmen. Das Resultat spricht dafür, dass die Vorlage nicht primär nach ökonomischen Überlegungen oder rein persönlichen Nutzenüberlegungen beurteilt wird, sondern durch gesellschaftspolitische Überlegungen rund um die Förderung der Familie.



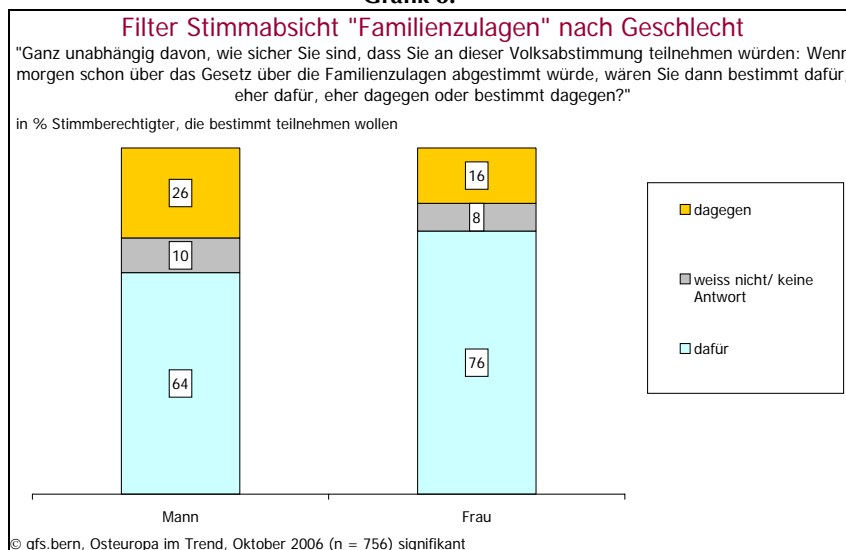
Dafür spricht auch die Tatsache, dass die Ja-Neigung mit steigendem Alter sinkt, allerdings nicht so stark, dass nicht auch Personen im Rentenalter mit einer klaren Mehrheit von 63% die Vorlage annehmen wollen. Gerade diese Gruppe profitiert überhaupt nicht direkt von Familienzulagen.

Grafik 7:



Schliesslich sprechen auch die Unterschiede nach Geschlecht dafür, dass die persönlichen Betroffenheitsüberlegungen zwar eine Rolle, aber nur eine untergeordnete Rolle spielen. Beide Geschlechter wollen die Vorlage annehmen, die Frauen, gehören wohl mitunter aus unmittelbarer Betroffenheit zu den Gruppen mit stärkster Ja-Tendenz.

Grafik 8:

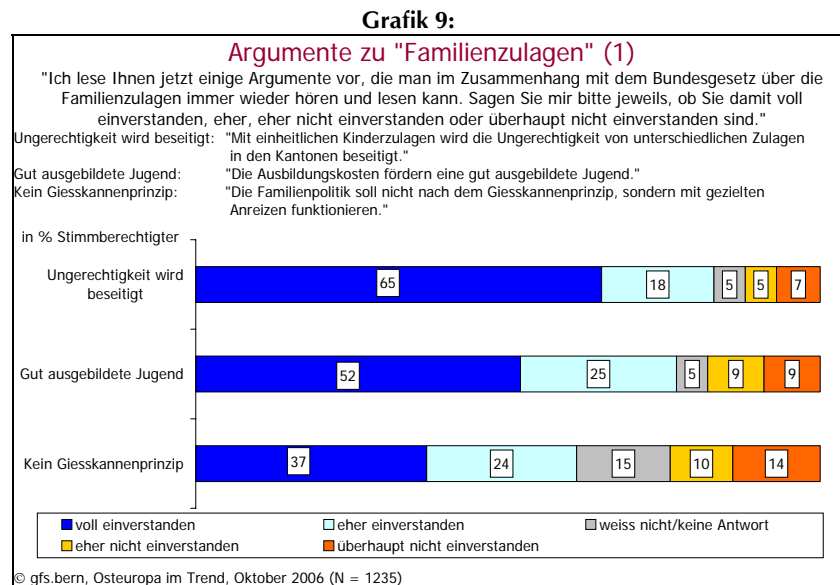


Insgesamt resultiert damit ein Profil der Zustimmung und Ablehnung, das recht aussergewöhnlich ist. Primär fällt auf, dass alle Gruppen die Vorlage mehrheitlich annehmen wollen. Im Vordergrund steht damit ein verbreiteter Wille, die Familie zu fördern. Die Unterschiede haben aber ein sehr spezifisches Muster: Dies führen wir neben der Werthaltung der einzelnen Befragten auf zwei grundlegende Faktoren zurück: die unterschiedlichen Ausgangslagen in den Kantonen (sprachregional untypisches Muster) sowie die unterschiedliche Betroffenheit je nach persönlicher Situation (soziologisch untypisches Muster).

Starke generelle Argumente der Ja-Seite

Die Ja-Seite kann mit zwei starken Argumenten in die Debatte steigen, welchen jeweils eine Mehrheit sogar voll und ganz zustimmt: die Beseitigung der Ungerechtigkeit unterschiedlicher Familienzulagen je nach Kantonen sowie die Förderung der Jugend-Ausbildung.

Mehrheitliche Zustimmung erhalten zwei weitere Argumente. Zunächst das am stärksten unterstützte Argument der Nein-Seite, welches gezielte Anreize statt einem Giesskannenprinzip fordert.

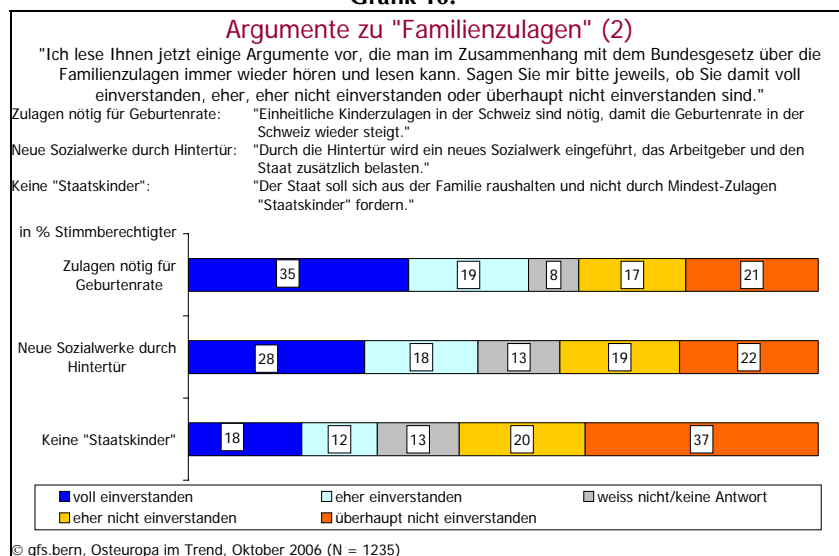


Auch das dritte von uns ausgewählte Ja-Argument ist mehrheitsfähig, allerdings mit deutlich mehr Widerspruch als die Vorlage selbst: Das Argument, mit einheitlichen Kinderzulagen liesse sich die nötige Steigerung der Geburtenrate erreichen, wird von 38% nicht geteilt. Besonders viel Widerstand gegen dieses Argument kommt von besser Verdienenden. Offenbar gibt es eine Gruppe von Menschen, die nicht überzeugt sind, dass sich die Geburtenrate durch einheitliche Kinderzulagen steigern lasse, obwohl sie für einheitliche Kinderzulagen sind.

Relativ viel Unterstützung erhält schliesslich auch das von der Opposition zum Gesetz eingebrachte Argument, dass durch die Hintertür ein für Arbeitnehmer und Arbeitgeber belastendes neues Sozialwerk geschaffen werde. Von allen Argumenten polarisiert dieses am meisten.

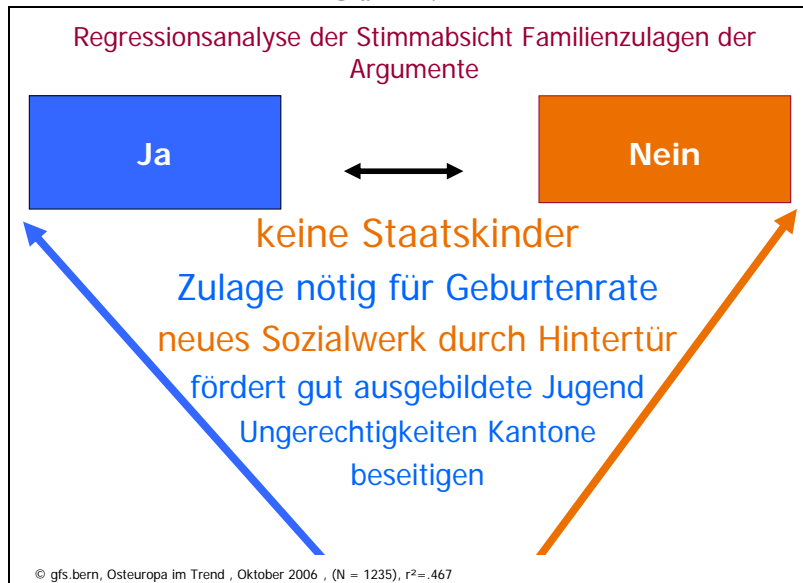
Mit 30% erhält schliesslich das staatskritische Argument "gegen Staatskinder" relativ wenig Unterstützung und wird von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt.

Grafik 10:



Gewichtet man alle sechs Argumente nach ihrem signifikanten Erklärungsbeitrag zur bisherigen Meinungsbildung, zeigt sich, dass nicht die stark unterstützten Ja-Argument am meisten zur bisherigen Meinungsbildung beigetragen haben. Gerade das nur schwach unterstützte Nein-Argument trägt am meisten zur Erklärung der momentanen Stimmabsichten bei. Umgekehrt formuliert: Gerade wer gegen das Argument zu den Staatskindern ist, nimmt mit höherer Wahrscheinlichkeit auch die Vorlage an. Auch das am wenigsten unterstützte, aber mindestens mehrheitsfähige Ja-Argument zur Steigerung der Geburtenrate trägt stark zur Erklärung der bisherigen Stimmabsichten bei. Zwei grundlegende Positionen zur staatlichen Familienförderung sind demnach wichtiger als die vier konkreter auf die Vorlage bezogenen Argumente. Dies wiederum spricht für eine Meinungsbildung, die erst am Anfang steht. Die drei weiteren signifikanten Argumente sind die Einführung eines Sozialwerks durch die Hintertür (ebenfalls ein nicht mehrheitsfähiges Argument der Nein-Seite) sowie die beiden stark unterstützten Ja-Argumente zur Jugend und zur Beseitigung der kantonalen Unterschiede. Nicht signifikant ist das am meisten unterstützte Nein-Argument gegen Förderungsmassnahmen mit dem Giesskannenprinzip. Somit wirken zwar zwei der drei Nein-Argumente, sie sind aber alle nicht mehrheitsfähig. Damit fehlen zurzeit noch die Argumente, welche die Mehrheitsverhältnisse in der Ausgangslage kippen könnten.

Grafik 11:

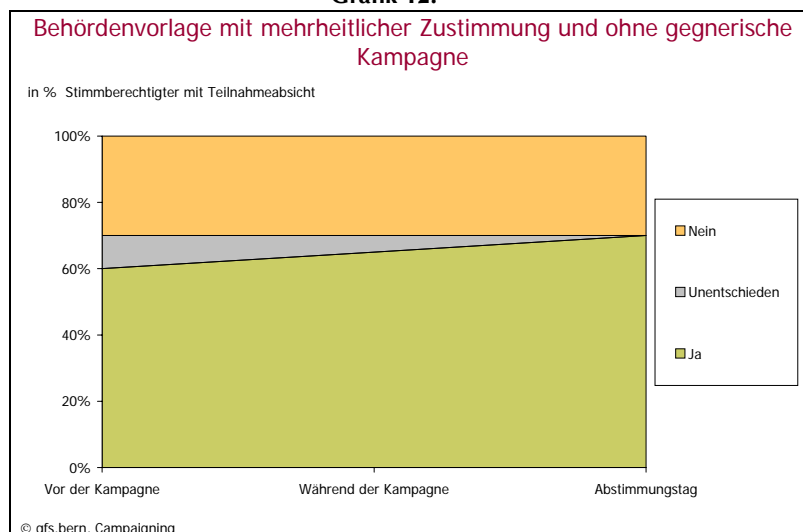


Erste Bilanz

Die Ausgangslage für das Bundesgesetz über die Familienzulagen ist relativ klar: Die Mehrheitsverhältnisse für die einheitlichen Zulagen sind gegeben. Hintergrund ist ein relativ breiter gesellschaftlicher Konsens über Anreizsysteme zur Förderung der Familie, der weitgehend unabhängig von persönlichen oder eigenen finanziellen Überlegungen wirksam ist. Dieser Konsens trägt in der Ausgangslage sogar bis in die Reihen der SVP-Anhängerschaft, die knapp mehrheitlich zustimmen will.

Es gibt also Hinweise auf eine relativ unproblematische Abstimmung. Würde die gegnerische Kampagne (weiterhin) nicht oder kaum greifen, so wäre eine Annahme sehr wahrscheinlich.

Grafik 12:



Trotzdem ist auch in diesem Fall nicht alles entschieden. Die Auseinandersetzung mit der Vorlage scheint im Detail noch nicht weit fortgeschritten. Die spezifischen Argumente sind

noch nicht sehr wirksam auf die Stimmabsichten und die unterschiedlichen Ausgangslagen je nach Kantonen haben sich nur beschränkt in den Stimmabsichten gespiegelt.

Für den weiteren Verlauf kommt es also insbesondere auch auf eine sichtbare Nein-Kampagne an.

Während des Abstimmungskampfes setzt sich in der Regel die Behördenseite durch, und es nehmen die Anteile beider Seiten zulasten der Unschlüssigen zu. Weniger wahrscheinlich ist die kontinuierliche Erosion der Zustimmungsbereitschaft während des Abstimmungskampfes. Dies wäre dann möglich, wenn es der Nein-Seite beispielsweise gelingt, ihre Argumentation gegen das Giesskannenprinzip gegen die Vorlage wirksam werden zu lassen. Das würde für ein zweites Szenario sprechen: Es bedingt aber, dass die Pro-Seite nicht gleichzeitig stark kommuniziert und die Stimmabsichten labiler sind als wir das in der Ausgangslage vermuten. Dann bleibt die Ausgangslage nur beschränkt mehrheitsfähig und die Nein-Argumente könnten die Vorlage noch zum Kippen bringen.

Grafik 13:

